

# Freie Presse

Anzeigenpreis: Die Nebengespaltene Nonpareilzeile 50 Pfg. — Ausland 50 Pfg.  
Die viergespaltene Kellam-Verzögerung 2 Mk. — Für Platzverhältnisse Sonderkonditionen  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag mittags. Die letzte  
in Lodz und Umgebung wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 4.— Mark,  
bei Postvertrieb 1.75 bezgl. VII. 7.—

Nr. 100

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Die Verzögerung des Friedensschlusses.

Dem Bureau Europa Press wird indirekt aus Paris gemeldet: Die deutschen Finanzdelegierten in Compiegne wiesen ernstlich auf die Gefahr hin, die eine weitere Verzögerung des Friedensschlusses um unbestimmte Zeit mit sich bringe. Hierdurch würden alle Kräfte in ungewisser Erwartung belassen und jede Zukunftshoffnung vernichtet. Diese Spannung bilde die größte Verlebensgefahr für Deutschland. Jedes noch so große Uebel wäre dieser Unsicherheit vorzuziehen. Man nehme Deutschland die Hoffnung, auf ein Emporkommen, und fördere in Deutschland die Auffassung, daß jede Arbeit zwecklos sei. Verzögere die Konferenz weiter ihre Arbeiten wie bisher, so werde der Bolschewismus unbewußt mehr von Paris als von Moskau aus gefördert.

Die Deutsche Finanzdelegation in Villette empfing den Besuch italienischer Finanzleute, am Tag darauf kamen Engländer und Amerikaner. Was bei diesen Zusammenkünften verhandelt wurde, weiß niemand, denn das Schloß, in dem die Deutschen wohnen, und der dazugehörige weite Park sind aufs strengste militärisch abgesperrt. Man erfährt nur, daß sie sehr höflich behandelt und versorgt werden. Der Reporter des „Matin“, der sich an das Schloß heranschlich und die Deutschen im Park Golf spielen sah, erzählt mißbilligend, daß der Wagen, der ihre tägliche Beförderung bringt, an einem Tage für 800 Francs Lebensmittel enthielt.

Aus London wird gemeldet: Wie der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ meldet, traf in London der Bericht ein, daß Lloyd George Ende der Woche nach London zurückkehren hofft und im Parlament eine Erklärung über die Friedensfrage abgeben wird.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus Paris gemeldet: Die Neigung zu Pessimismus und Mißtrauen bezüglich der Ergebnisse der Friedenskonferenz, die in der vorigen Woche in den Kreisen der Konferenz herrschte, hat wegen des anfänglichen Fortschritts, der im Rate der Vier in der Entschädigungsfrage erzielt wurde, großem Optimismus Platz gemacht. Man ist zu einer sehr wichtigen Einigung gelangt. Es wird zwischen der Entschädigung als solcher und der Bezahlung der Kriegskosten unterschieden werden. Der Beispruch über die Frage, ob die Forderungen der Völker, die am meisten in ihrem eigenen Lande gelitten haben, zuerst berücksichtigt werden sollen, steht noch aus. Wegen der Entschädigungssumme, die noch nicht endgültig festgesetzt ist, scheint augenblicklich folgende Lösung in erster Linie in Betracht zu kommen: Die erste Abzahlung von der deutschen Entschädigung soll 25 Milliarden betragen, von denen 5 Milliarden für die Bezahlung der für die Wiederaufnahme des deutschen Wirtschaftslebens notwendigen Rohstoffe bestimmt sind. Aus der ersten Zahlung soll Frankreich 10 Milliarden, Belgien 5 Milliarden erhalten. Die Bezahlung der restlichen Entschädigungssumme soll dann auf etwa 35 Jahre verteilt werden, wobei die jährlichen Abzahlungen ein oder zwei Jahre im Voraus festgesetzt werden. Die Verteilung der Entschädigung unter die Alliierten wird wahrscheinlich nach einem Maßstab stattfinden, nach dem Frankreich die Hälfte und verbleibende Länder, wie Belgien und Serbien, einen bestimmten Prozentsatz erhalten werden, während die anderen Alliierten Entschädigungen nach Maßgabe ihrer Verluste an Menschenleben erhalten.

### In 15 bis 20 Tagen.

Nach Havas melden die Pariser Blätter, daß noch einige Tage vergehen werden, bevor die Friedenskonferenz den Vorfriedensentwurf fertiggestellt haben wird. Die Verhandlungen in Versailles sollen in 15 bis 20 Tagen beginnen.

### Eine französische Drohung.

Paris, 9. April. (P. A. T.) An die Frage der Kriegsentwädigung, geknüpft, schreibt der „Matin“, verdammte, daß ein Verständigungsfriede zustande kommen werde, befürchte, daß man von Deutschland die Bezahlung der Schulden nicht verlangen werde. Die Deutschen nehmen in dieser Frage einen ablehnenden Standpunkt ein und hegen die Hoffnung, sich an Frankreich zu rächen. Dem müsse entgegenge-

halten werden, daß das französische Volk zum Bankrott geführt werden würde, wenn seine gerechten Forderungen nicht in vollem Umfang befriedigt werden würden. Gefährlich wäre es, Frankreich herauszufordern, indem man es in eine Lage versetzt, aus der es keinen Ausweg fände. Es bestehe eine Kluft zwischen den Forderungen Frankreichs und dem, was ihm geboten wird. Die französische Regierung wird sich von keinem Standpunkt nicht abbringen lassen, denn sie könnte ihre Unterchrist nicht auf einen Friedensvertrag setzen, der über dem Bankrott Frankreichs entspringe.

Paris, 9. April. (P. A. T. Havas.)

Die Blätter dementieren die Nachricht, wonach der angeblich zwischen der französischen und amerikanischen Delegation Mißverständnisse beständen, die hauptsächlich die Finanzfragen betreffen.

## Die Danziger Frage.

### Noch keine Entscheidung.

Die Polnische Telegraphenagentur verbreitet folgenden Pariser Funkpruch der Warschauer Station:

Der „Petit Parisien“ meldet: Die Beratungen in Spaa endeten zur vollkommener Zufriedenheit der Entente, die sich das Recht der Landung der Gallischen Truppen in Danzig vorbehält. Die Entente wird nach ihrem Ermessen entscheiden, ob zur Landung Danzig als Konzentrationspunkt der polnischen Armee zu wählen ist oder ein anderer Hafen. Deshalb ist in dem neuen Vertrag auch Stettin oder Königsberg beziehungsweise die Bahnlinie vorgesehen, die vom Rhein in östlicher Richtung verläuft. Die Frage der Ueberlassung von Schiffen, die zum Transport der Truppen notwendig sind, machte bekanntlich viele Schwierigkeiten, während die Benutzung der Bahn die Fernbeförderung der Truppen beschleunigen würde. Erzberger hat keinerlei Bürgschaften bezüglich des zukünftigen Schicksals Danzigs erhalten. Die Deutschen wollten, daß die Entente das Versprechen gebe, ihnen Danzig zu lassen. Die Frage der Zugehörigkeit Danzigs wird indessen erst später gelöst werden.

Paris, 9. April. (P. A. T. Havas.)

Oberst Domagala schreibt im „Petit Journal“ zur Danziger Frage: Ein großer Schritt vorwärts würde an dem Tage gemacht werden, an dem die Friedenskonferenz endlich begreifen wollte, daß es unmöglich ist, die Grenzen nach dem Nationalitätsprinzip in dem Teil Europas zu bestimmen, der von gemischter Bevölkerung bewohnt wird, und daß ihre erste Pflicht die Schaffung eines starken Polens ist.

Nauen, 9. April. (P. A. T. Funkpruch der Posener Station.) Die deutsche Regierung beabsichtigt ein Weißbuch herauszugeben, daß alle Dokumente enthalten wird, die sich auf die Danziger Frage beziehen.

Paris, 9. April. (P. A. T. Funkpruch der Posener Station.) In der Diensttagssitzung der Deputiertenkammer verlas der Präsident einen Brief, den er vom Marschall des polnischen Reichstages Tomaszewski erhalten hatte. Die Kammer nahm diesen Brief mit Beifall zur Kenntnis. Hierauf sprach der Minister des Auswärtigen Pichon. Er brachte seine Anerkennung für den vom Präsidenten der Kammer ausgesprochenen Gruß an Polen zum Ausdruck und sagt, daß Polen immer ein treuer Verbündeter Frankreichs bleiben wird.

Lemberg, 10. April. (P. A. T.) Die Lemberger Presse, insbesondere der „Kurjer Lwowi“, der „Wieś Nowy“ und die „Gazeta Poranna“ beschäftigen sich eingehend mit der Danziger Frage und mit dem Standpunkt Englands. Sie spart bei dieser Gelegenheit nicht mit kritischen Bemerkungen, die an die Adresse des Pariser Komitees gerichtet sind.

### Franszösische Pressestimmen.

Paris, 9. April. (P. A. T. Havas.) „Gazette“ behauptet, daß die Anträge der internationalen Kommission, dessen Vorsitzender Herr Lourens ist, in ihrer Gesamtheit vollkommen den Wünschen des polnischen Volkes gerecht werden. Das bezüglich Danzig vorbereitete Statut wird unter Freunden volle Genehmigung finden. „Journal“ bringt zur Kenntnis, daß die polnische Frage in den Kommissionen und während der Beratungen mit Paderewski eingehend besprochen wurde. Die wunder-

liche Absicht der Schaffung eines Pufferstaates an der Mündung der Weichsel wurde aufgegeben. Es wird sicherlich die allein logische Lösung dieser Angelegenheit erfolgen: Danzig für die Polen.

### Eschechen und Polen.

Teschen, 9. April. (P. A. T.) Bericht des tschechischen Nationalrats: Alle Anzeichen in Schlesien künden das Nahen wichtiger Ereignisse an. Die Tschechen behaupten, nachdem sie den Pariser Vertrag gebrochen haben, daß die von der Entente-Kommission festgesetzte Demarkationslinie eigentlich die polnisch-tschechische Grenze in Schlesien sei. Es entstehen immer häufiger kleinere Konflikte zwischen den Tschechen und Polen, die die Entente-Kommission schlichtet; darauf beschränkt sich gegenwärtig ihre Tätigkeit. Der Delegierte der Warschauer Regierung, Herr Zamorski, ist aus Teschen abgereist.

### Ein Hilferuf der Westukrainer.

Wien, 10. April. (P. A. T.)

Das Sekretariat der westukrainischen Sowjetrepublik in Stanislawow hat an Wilson, als dem Vertreter der Entente in Paris ein Telegramm gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Polen alles tun, um ihre Armee nicht nur zum Kampf mit den Bolschewiki, sondern auch mit dem Militär des ukrainischen Direktoriats zu verstärken, und der von den Ukrainern aufgenommene Kampf gegen die Truppen der russischen Sowjets infolgedessen nicht erfolgreich geführt werden könne. Das Telegramm enthält Klagen über das Vorrücken der polnischen Truppen und schließt mit den Worten: Die Polen haben Ihre Depesche vom 19. März ignoriert, ihre Unterschrift unter den Waffenstillstandsvertrag verweigert und kämpfen weiterhin an der ganzen galizischen Front. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Entente auf diese Lage der Dinge und bitten um Intervention, damit die Polen den Kampf um Ostgalizien einstellen. Gleichzeitig bitten wir um technische Hilfe für die Armee des ukrainischen Direktoriats zur Durchführung des Kampfes mit dem Sowjetrußland.

### Zur Agrarreform.

Warschau, 9. April. (P. A. T.)

Unter dem Vorsitz des Abg. Witos hörte die Landwirtschaftliche Kommission in Anwesenheit des Ministers Janicki, des Delegierten der Regierung Olsowicz und des Direktors Stojewski den Bericht des Abg. Dombiski über die Agrarreform an, der nach dem Programm der Volkspartei ausgearbeitet wurde. Die Vertreter der Rechten, des nationalen Arbeiterverbandes und der polnischen Volksvereinigungen erklärten sich gegen diesen Bericht. Pjarrer Dziemnicki stellte den Antrag, über den Bericht des Abg. Dombiski zur Tagesordnung überzugehen und als Grundlage der eingehenden Beratungen den Regierungsentwurf anzunehmen. Abg. Stajkowski stellte dagegen den Antrag, dem Abg. Dombiski das Referat über die Grundzüge der Reform in der Freitagssitzung des Reichstages zu übertragen. Bei der namentlichen Abstimmung waren 14 Abgeordnete gegen, 14 für den Antrag. Der Vorsitzende Abg. Witos entschied gegen den Antrag des Pjarrers Dziemnicki, jedoch Abg. Dombiski das Referat behält.

### Die Beschießung Lembergs.

Lemberg, 8. April. (P. A. T.)

Die heutigen Blätter melden, daß Montag nachmittag im Zentrum der Stadt an verschiedenen Stellen ukrainische Geschosse fielen. Ein unbekannter Mann wurde getötet und 9 Personen verwundet. Die Ukrainer beschossen auch Kulparkow.

General Swaszkewicz erklärte in einem Interview mit einem Vertreter der „Gazeta Poranna“, daß unsere Lage bei Lemberg eine günstige sei, was auch die militärischen Mitglieder der Entente-Kommission bestätigen.

Nördlich der Bahnlinie Przemyśl-Darnogrod sind keine Ukrainer zu sehen und südlich der Linie sind die Ukrainer so weit entfernt, daß sie das Geleise nur mit schweren Geschützen beschießen könnten, daher ist die Gefahr für eine Beschädigung des Geleises gering. Die Zufuhr von Munition und Lebensmitteln ist somit sichergestellt. Nachrichten von der anderen Seite der Front bestätigen, daß der Bolschewismus dort immer mehr zunimmt.

Lemberg, 10. April. (P. A. T.) Anlässlich der Beschießung der Stadt nahen sich in den letzten Tagen in der Lemberger Presse Stimmen, aus denen Ungebulb wegen der Verspätung der Aktion spricht, die die vollkommene Befreiung Lembergs von der Belagerung zum Ziele hat.

## Die bayerische Räterepublik.

### Neue Proteste.

Aus Bamberg wird gemeldet: Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und erheben einstimmig Protest gegen die Ausruhmung Bayerns zu einer Räterepublik. In dem Protest heißt es:

Bereits am Sonntag haben auch die Mehrheitssozialisten Bayerns sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Ausruhmung einer Räterepublik ausgesprochen. Wir fordern die Beamtenschaft und das gesamte werktätige Volk Bayerns, Arbeiter, Bauern und Bürger, sich hinter den vom Volk gewählten Landtag zu stellen. Die gesamte Bevölkerung Nordbayerns und die Presse wird hiermit gewarnt, sich durch den Terror einer verschwindenden Minderheit, vorwiegend von Leuten überwiegend ausländischer Herkunft einschüchtern zu lassen. Der Augenblick ist so ernst wie noch nie. Bayern hängt über einem Abgrund; wenn es vor dem Sturz nicht bewahrt wird, ist alles verloren. Dann hat Bayern im Innern Brudermord, Plünderung und Hungersnot.

Eine weitere Folge ist die wirtschaftliche Absperrung Bayerns, durch die ein vollständiges Erliegen unseres Wirtschaftslebens, die Stilllegung des Eisenbahnverkehrs und ebenso das Aufhören jeder Rohlen- und Lebensmittelzufuhr eintritt. Das Ausland hat jede Ernährungsbeihilfe an ein bolschewistisches Bayern abgelehnt. Eine Hilfe von Rußland und Ungarn ist ausgeschlossen, da diese Länder selbst durch Hungersnot gepeinigt sind. Der Friedensschluß wird verzögert. Unsere vielen Tausende von bayerischen Kriegsgefangenen bleiben in der Knechtschaft des Auslandes.

Die euch dieses sagen, sind eure Landsleute, nicht landfremde Menschen, die von Bayern noch vor wenig Monaten nichts wußten, und denen einer Schicksal gleichgültig ist.

Das Wolffbüro meldet: Die bayerischen Bauern haben beschlossen, gegen die Räteregierung zu protestieren, indem sie keinerlei landwirtschaftliche Produkte nach München liefern. In München herrscht Ruhe. Die Bürgerwehr streift zwar offiziell nicht, die Wägen sind jedoch weiterhin geschlossen.

Berlin, 10. April. (P. A. T.) Auf dem Kongreß der Arbeiterräte wurde die Haftentlassung Ledebours gefordert. Die Regierungskreise sind jedoch der Meinung, daß erst die gesetzliche Immunität der Kongreß-Abgeordneten festgestellt werden müsse, ehe man die Angelegenheit Ledebours werde regeln können.

### Unruhen in Altona.

Berlin, 10. April. (P. A. T.) Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist es in Altona zu ersten Unruhen gekommen.

### Generalstreik in Magdeburg.

Magdeburg, 10. April. (P. A. T.) Hier wurde aus Anlaß der Verhaftung von 3 Spartacistenführern der Generalstreik erklärt. Das Militär steht auf Seiten der Spartacisten. In der vergangenen Nacht kam es zu einer Schießerei in der Nähe des Polizeipräsidiums und des Gerichts. Es kam zu Kämpfen. Mit Handgranaten bewaffnete Spartacisten versuchten die Häftlinge zu befreien. Auf beiden Seiten gibt es viele Tote und Verwundete.

### Neue Konflikte in Ungarn.

Warschau, 10. April. (P. A. T.)

Aus Paris meldet man: „Information“ bringt die folgende Nachricht aus Berlin: Die Vertreter der Deutschen in Budapest wandten sich an die in Ungarn ansässigen Deutschen mit der Aufforderung, das Land wegen der drohenden Kämpfe und Unruhen zu verlassen. Nach der



„Wiener Mittagspost“ ist die Lage in Ungarn verzweifelt. Viele Personen nahmen sich aus Verzweiflung das Leben. Die Landbevölkerung hat sich der kommunistischen Bewegung nicht angeschlossen. Zwischen der ungarischen Regierung und den Arbeitern kam es zu einem Konflikt. Die Arbeiter besetzten einige Fabriken und verhielten diese den Kommunisten zu überlassen.

### Die Offensive der Sibirier.

Paris, 9. April. (P. A. T. Funkpruch der Krakauer Station.) Die sibirische Offensive entwickelt sich günstig in Richtung Wjatka. Es wurden Gefangene gemacht und viel Material erbeutet. Im Laufe von 24 Stunden sind die sibirischen Truppen um 20 Werst vorgerückt. Sie nähern sich auch von der Seite der Kama längs der Bahnlinie. Aus guter Quelle versichert man, daß die Bolschewiki den Bahnverkehr zwischen Bogulma und Simbirsk einstellen mußten, da dort auf die Kunde vom Vorrücken der Sibirier eine Meuterei ausbrach. General Andolski, der Direktor der Akademie des Generalstabes, äußerte sich über die Offensive der sibirischen Armee dahin, daß in der Umgegend von Ufa eine aus 40 000 Mann bestehende und einen bedeutenden Teil aller bolschewistischen Kräfte umfassende bolschewistische Armee vollkommen vernichtet wurde.

### Odesa von Sowjettruppen besetzt.

Wien, 9. April. (P. A. T.) Das Korrespondenzbüro meldet aus Berlin: Das „Berliner Tageblatt“ erhielt die Nachricht aus Zürich, daß nach aus Russland eingegangenen Informationen Odesa von Sowjettruppen besetzt worden sei.

Moskau, 10. April. (P. A. T. Funkpruch der Posen Station.) Die Sowjettruppen, die unter Führung von Grigorjew in Odesa eingezogen sind, wurden von der Bevölkerung angeheißt und begeistert empfangen.

Nauen, 9. April. (P. A. T. Funkpruch der Krakauer Station.) In der östlichen Ukraine ist die Keiterei der Sowjettruppen bei Kowel zu den Ukrainern übergegangen.

Warschau, 10. April. (P. A. T.) Am 15. März fand in Wilna eine Versammlung aller bolschewistischen Kommissare statt, in der beschlossen wurde, Wilna ohne Kampf den polnischen Behörden zu überlassen.

## Lokales.

Lodz, den 11. April.

### Ein Elternabend im Deutschen Gymnasium

wurde als erster einer Reihe von ähnlichen Veranstaltungen am Mittwoch um 6 1/2 Uhr abends mit einem Vortrag des unter der Leitung des Herrn Magister stehenden Gymnasialchors eingeleitet. Direktor Wolf umriß in kurzen Worten den Zweck dieses Elternabends, dessen Darbietungen einen Einblick in das Leben der Schule bieten und eine kleine Freude bereiten sollen. Die Elternabende sollen aber auch zur Verwirklichung eines Gedankens benutzt werden, der von der Lehrerschaft ausgeht. Er selbst wünschte sich an diesem Abend als neuer Leiter der Schule vorzustellen. Den Eltern der Kinder sei er wohl fremd, nicht aber der Schule selbst, die er leider gezwungen war, zu verlassen.

Nun wechselten verschiedene literarische und musikalische Darbietungen einander ab, die von gutem Können und fleißiger Arbeit Zeugnis ablegten. Den Mitwirkenden sah man es an, daß sie mit Lust und Liebe bei der Sache waren und sich die Mühe nicht hatten verbieten lassen. Direktor Wolf hielt darauf einen Vortrag über das Thema: „Das Zusammenarbeiten von Schule und Haus.“ Die Bedeutung der Elternabende. Er führte unter anderem aus. Die Elternabende sollen den Zweck verfolgen, Haus und Schule näher zu bringen. Ein Gedanke, den man schon früher zu verwirklichen versucht und der gute Früchte gezeitigt hat. Diese Abende sollen dem Ziele dienen, die Arbeit der Schule zu unterstützen, in nähere Fühlung mit derselben zu treten. Einmal, als die Eltern noch selbst Kinder waren, war dieser Gedanke ein Unbegriff. Man machte die Schule für Mißerfolge der Kinder verantwortlich und es entstand eine Kluft, die nicht zu überbrücken war. Zur Mitarbeit an einem Werke ist aber Verkehr nötig, um Entfernungen zu vermeiden. Denselben dienen die Sprechstunden der Lehrer und Besuche der Lehrer bei den Schülern. Auch die Elternabende sollen zu diesem Zwecke beitragen. Sie werden nicht immer dem Genuß gewidmet sein wie der erste, sondern auch der Arbeit, für die es genug Stoff geben wird. Die beiden ersten Mittel sollen aber auch weiter gepflegt werden, besonders die Sprechstunden mehr besucht werden. Es würden in Zukunft regelmäßig Elternversammlungen einberufen werden, die in allgemeine, Klassen- und Fachversammlungen eingeteilt werden können. In ihnen werden Tagesfragen, Erziehungsfragen, Reformen und anderes behandelt werden. Der nächste Elternabend soll dem Thema gewidmet sein: „Welche Bedeutung für die Erziehung des Kindes hat die Muttersprache.“

In Anschluß hieran berichtete Direktor Wolf über das Ergebnis einer Audienz, die er mit anderen Herren bei dem Vertreter des Unterrichtsministeriums hatte und in der verschiedene Fragen berührt wurden. Unter anderem diejenige

der Zurückstellung der militärdienstpflichtigen Schüler vom Heeresdienst. Die Zurückstellung wurde auch dem Deutschen Realgymnasium zuerkannt. Die deutschen Schulen werden nach Meinung des Ministers nicht nur vorläufig geduldet, die Deutschen sollen sie vielmehr behalten, sie haben ein Recht darauf.

In Warschau wurde auch Herr General-Superintendenten Bursche ein Besuch abgestattet und dieser über seine Meinung über die deutsche Schule befragt. General-Superintendent Bursche steht auf dem Standpunkt, daß die deutsche Bevölkerung deutsche Schulen haben müsse. Diese Ansicht habe er schon früher vertreten und werde auch weiter ein Förderer des Deutschen Gymnasiums bleiben. Er ermächtigte die Herren zu der Erklärung, daß die schwerste Zeit der Gegenwart sei. In nicht allzulanger Zeit werde die Frage der nichtpolnischen Bevölkerung in günstiger Weise geregelt werden. Er betonte, daß mit der endgültigen Festlegung der Grenzen ein nicht unerheblicher Prozentsatz Deutscher zu Polen kommen werde, die deutsche Schulen mitbringen. Zu den fremdsprachigen Bürgern würden dann nicht nur die Deutschen gehören. Auch das Verhältnis zwischen den verschiedenen Sprachen werde ein anderes sein. Nach Festlegung der Grenzen würde auch die Schulfrage endgültig gelöst werden in einer Weise, die beide Seiten befriedigen werde. Für die Gegenwart, meinte der Direktor, ist es Pflicht der Eltern, die Schule nach Kräften zu unterstützen.

Diesem Vortrag, der von den Anwesenden beifällig aufgenommen wurde, folgten noch verschiedene Darbietungen, die mit dem Vortrag des Chorgesangs „O wunderbare Frühlingzeit“ schlossen.

### Unsere deutschen Volksschulen.

(Schluß.)

Jetzt leben wir abermals unter ganz neuen, von all den früheren grundverschiedenen Verhältnissen. Der wiedererstandene polnische Staat reißt seine bis zur Unkenntlichkeit verfallene Glieder, um sich munter und aufrecht zu machen und als nicht Verlorener der Welt einen frohlichen Morgenrösch entgegenzurufen. Dabei geht es freilich nicht ohne gelegentliche Nippenstöße ab, auch mag er selbst dabei manchmal seine Ellbogen spüren. Was wird nun? Ist eine unwillkürliche, kaum zu verhaltene Frage.

Augenblicklich jedoch ließen sich etwaige Sorgensäußerungen um die Zukunft im wesentlichen nicht rechtfertigen. Der erste große Schritt des neuen Staates auf dem Wege der Volksauflebensbefähigung, als welcher der Beschluß des Ministerrats bezüglich der Neuordnung der deutschen Schulfrage aufzufassen wäre, bietet keinerlei besonderen Anlaß zu Bedenken. Einsichtsvolle Rücksicht und Entgegenkommen walten darin in löblicher Weise vor, und es dürfte einzig nur an uns liegen, wenn der Beschluß eine für uns ungünstige Bedeutung annehmen und zum Verhängnis werden sollte.

Das neue Gesetz bestimmt die Auflösung der während des Krieges entstandenen deutschen Schulgemeinden. Die von ihnen unterhaltenen Volksschulen gehen in ausschließliche Verwaltung durch die zuständigen allgemeinen Schulorgane über. Die Lehrer unterliegen von nun an den allgemeinen Vorschriften, und staatliche Organe entscheiden in Fragen ihrer Entlassung oder Verleihung im Dienst. Auch die beiden deutschen Landeserschulverbände sind geschlossen worden.

Der Beschluß betrifft des deutschen Lehrereisenars in Lodz lautet allerdings etwas bedenklicher, doch empfiehlt es sich auch hierin nicht allzu schwarz zu sehen. Der Unterrichtsminister behält sich vor, zur gehörigen Zeit darüber zu entscheiden, ob das Lehrereisenar mit deutscher Unterrichtssprache weiter bestehen bleiben oder aber geschlossen, bzw. in ihm die polnische Unterrichtssprache eingeführt werden soll.

Und nun die Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache. Die deutsche Sprache bleibt Unterrichtssprache in den öffentlichen Volksschulen, sofern dies die Mehrheit der rechtlichen Vertreter der Kinder, die diese Schulen besuchen, verlangen wird. Jeder Vater, bzw. Mutter oder Vormund, der den Wunsch hat, daß die deutsche Sprache in Zukunft die Unterrichtssprache in den Schulen sein soll, muß darüber eine gehörige Deklaration verfassen und dem Schulaufsichtsrat derjenigen Gemeinde einreichen, in deren Bereiche die Schule sich befindet. Diese Deklarationen werden nur bis zum 3. Mai d. J. vom Schulrat entgegengenommen. Nach Ablauf dieser Frist werden diese Erklärungen nicht mehr berücksichtigt. Der Schulaufsichtsrat wird auf Grund der eingereichten Erklärungen feststellen, ob die Mehrheit sich für die Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache ausgesprochen hat. Sollte das Ergebnis zu Ungunsten der deutschen Sprache ausfallen, so wird mit Beginn des neuen Schuljahres in den entsprechenden Schulen die polnische Unterrichtssprache eingeführt.

Und weiter. Wenn sich in einer Ortschaft mehrere Schulen mit deutscher Unterrichtssprache befinden, in denen diese auf Grund der genannten Bestimmungen beibehalten werden soll, eine Minderheit aber es unterläßt, sich für diese deutsche Sprache zu erklären und diese Minderheit so bedeutend ist, daß daran Kinder eine

oder mehrere Schulen fällen können, so wird in den entsprechenden Teilen der Schulen ebenfalls die polnische Unterrichtssprache eingeführt. Andernfalls wird auch bei bedeutender Minderheit derjenigen Eltern, die sich für die deutsche Sprache ausgesprochen haben, diese Sprache in der entsprechenden Anzahl von Schulen beibehalten. Wenn die Sprachminderheit in der Schule mindestens 40 Kinder beträgt, so wird für diese eine besondere Schule geschaffen. Sollten in den folgenden Jahren die Sprachverhältnisse unter den Kindern in einer deutschen Schule sich geändert haben, so daß man annehmen darf, daß Polnisch ihre Muttersprache geworden ist, dann ordnet der Schulaufsichtsrat wieder die Einreichung der oben erwähnten Erklärungen an und trifft daraufhin die etwa erforderliche Neueinteilung der Schulen.

Schließlich muß noch um der Erläuterung willen hervorgehoben werden, daß in allen öffentlichen und privaten Schulen im polnischen Staate die polnische Sprache Pflicht-Unterrichtsgegenstand ist. In den Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache beginnt der Unterricht der polnischen Sprache im zweiten Schuljahr.

Das wären im wesentlichen diejenigen Bestimmungen, die von der deutschen Bevölkerung mit ausdrücklicher Teilnahme in Erwägung gezogen werden müssen. Rasches Handeln ist jetzt die erste Bedingung. Bequeme Nachlässigkeit nach alter, widerlicher Gepflogenheit darf diesmal nicht in Erscheinung treten. Sie würde sich bitter rächen und eine weitere Enttäuschung zeitigen zu allen den schwebenden Uebeln und Mißständen unserer ungelärten Zeit.

Das kann und muß verhilft werden. Die Bestimmungen des Ministerrats betreffs der deutschen Schulfrage werden keinesfalls Schuld daran tragen, wenn wir mit dem nächsten Schuljahr die Zahl der ohnehin nicht ausreichenden deutschen Schulen zusammengeschmolzen wiederfinden sollten. Wir haben ein Recht darauf unsere Muttersprache in den Schulen durchzusetzen. Das sagt uns nicht bloß das neue Schulgesetz ganz ausdrücklich, wir haben auch noch aus folgenden Gründen ein heiliges Anrecht darauf: Die ganze Menschheit steht im Kampfe für eine neue Gesellschaftsordnung, unerhörte Opfer wurden und werden immer noch gebracht um den Preis der Weiterführung von den alten überlebten Gezeiten und Anschauungen. Wie der kleine Mann mit Zug und Recht es für sich, nun erfolgreich, beanprucht, vollwertige Stellung in der Gesellschaft zu besitzen, seine Stimme gleichwertig erheben zu dürfen, wie es ehedem nur auserlesenen Volksschichten vergönnt gewesen war, so muß auch den kleinen Volksgruppen oder Volkspartnern in der Fremde das gleiche Recht zugesprochen werden, sich am Leben zu erfreuen, sich achten und die Achtung anderer für sich erwerben zu dürfen.

Wilson hat das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker feierlich in seinen denkwürdigen vierzehn Punkten ausgerufen und ein erleichtertes Aufatmen vernimmt man in der Welt der bisher schmählich Bedrängten und Unterdrückten. Auch uns darf der Genuß dieser Gabe, woran alle anderen gleichsam als an der Lebensfontäne verlangend hängen, nicht vorenthalten werden. Wir wissen es nur allzu gut, welche Stellung uns unter den gegebenen Verhältnissen zuffällt und unsere Ansprüche richten sich vollkommen danach. Aber sie sind berechtigt und wir können es mit gutem Gewissen aussprechen, daß uns nichts ferner liegt, als das Streben nach Prunk und Würden. Wir sind Kinder dieses Landes und wollen ihm dienen, wie wir es seit altersher gewohnt sind. Aber wir wünschen demnach auch gleichberechtigt, nicht wie Stiefkinder behandelt zu werden.

Die Schulfrage gehört mit zu den wichtigsten auf dem Gebiete der Gleichberechtigung. Der Würfel in dieser Frage ist bereits gefallen und zwar, wie oben erwähnt, nicht mißgünstig für uns. Es liegt, um es noch einmal zu sagen, jetzt an uns, das Gebotene gehörig zu erfassen und zu unserer Zufriedenheit auszunutzen. Allen Volkspartnern und insbesondere den Schulvorständen erwächst jetzt die heilige Pflicht, freich aus Wert zu treten, um in Zukunft gerechtfertigt vor der Gerechtigkeit und vor sich selbst dazustehen. Unerbittlich ist das Gebot der Gegenwart, kühllich oder vernichtend das Urteil der Zukunft. Wehe, dreimal wehe, wer sich Nachlässigkeit oder gar unmännliche Unbesonnenheit zu Schulden kommen läßt! ed—ner.

**Freie Pfarrstellen.** Das Konsistorium erklärte die Pfarrstellen in Zagorow, Kreis Sulpca, und Nowosolna, Kreis Lodz, für vakant. Meldebis 15. Mai 1919. Das Gehalt des Pastors in Zagorow beträgt 6000 M. jährlich, außerdem bezieht er Gebühren für Konfirmation, Kommunionsgelder, Zahlungen für Zivilstandsakten usw. und 2000 M. Gehalt für die Verwaltung des Filials Bissowo—Bydryg. Das Gehalt des Pastors in Nowosolna beträgt 8000 M. jährlich. Außerdem bezieht er Spendengelder und bewirtschaftet zwei Morgen Acker- und Gartenland.

**Für arme Konfirmanden.** Für obigen Zweck spendeten: Das Frauenkränzchen in Chojna, durch Frau Eckert, 30 Mark; Frau Gieseler 10 Mark und für Geisse und Kranke 10 M.; J. Jorisch 6 M.; Frau Maczewska 10 M.; J. Krosch 5 Rubel; Maurer 10 Mark. Innigen Dank und Gottes reichen Segen den lieben

Spendern. Weitere Gaben nimmt mit Dank entgegen. Pastor J. Dietrich.

**Kirchliches.** Heute, Freitag, findet abends 7/8 Uhr Passionsgottesdienst statt, zu welchem die lieben Glaubensgenossen freundlich eingeladen werden. Pastor J. Dietrich.

### Die Abstempelung des Papiergeldes.

Der neue Finanzminister Karpinski erklärte den Journalisten, daß die Abstempelung der Banknoten in Polen schon aus technischen Gründen undurchführbar sei. Bei der Einrichtung von 1000 Stempelstellen würde die Abstempelung 208 Tage dauern. Wahrscheinlich würden wir schon Mitte Juni damit beginnen können, die fremde Währung aus dem Verkehr zu ziehen, da wir unsere eigenen, in Paris und London angefertigten Banknoten erhalten werden. Minister Karpinski ist ein Freund der Zwangsanleihe. Er will bei dem Umtausch der fremden Banknoten gegen polnische Banknoten nur 30% in barem Gelde und 70% in Anleihepapieren herausgeben. Die Anleihe soll freilos sein, eine polnische Rente darstellen, deren Einlösung späteren Geschlechtern vorbehalten bleiben soll.

**Meldung der im Jahre 1896 geborenen Männer.** Der Regierungsminister und Polizeichef gibt bekannt: Im Sinne der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. März d. J. finden sich alle im Jahre 1896 geborenen Männer, die in Lodz wohnen, im Präsidium der Staatspolizei in Lodz, Militärabteilung, Zielonastraße 8, in den Dienststunden in folgender Reihenfolge ein: am 11. April diejenigen, deren Namen mit dem Buchstaben A, B, C, D, E, K beginnt; am 12. April: F, G, H, I, J, K, am 14. April: L, M, N, O, K, S, am 15. April: P, R, S, T, U, am 16. April: W, Z, und alle übrigen, die aus bestimmten Gründen sich nicht stellen konnten. Zuwiderhandlungen werden polizeiliche Ordnungsstrafen nach sich ziehen.

**Lodzger Arbeiter für Frankreich?** Dieser Tage fand im Ministerium des Neuens in Paris in Angelegenheit der Einwanderung polnischer Arbeiter nach Frankreich unter Mitwirkung der polnischen und französischen Regierung eine französisch-polnische Konferenz statt. Es wurde festgestellt, daß Frankreich Arbeiter für Feldarbeit, Bergbau und zum Wiederaufbau der zerstörten Städte brauchen wird. Die französische Regierung garantiert den polnischen Arbeitern dieselben Arbeitsbedingungen, Wohnung und Unterhalt, wie den einheimischen Arbeitern, wobei ihre Gewohnheiten, Berücksichtigung finden sollen. Außerdem würden dem Departement für fremdländische Arbeiter im Arbeitsministerium polnische Beamte zugeteilt werden. Die polnischen Vertreter legten Gewicht auf gute Bedingungen der Reise, der Kontrakte und eine leichte und erfolgreiche Beschwerdeführung, Unterbringung der polnischen Arbeiter in größeren Gruppen usw. An den weiteren Verhandlungen nimmt bereits Sektionschef des polnischen Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, Herr Okolowicz, teil. Es sind bisher folgende Fragen besprochen worden: 1. Abschluß einer Konvention zwischen der polnischen Regierung und dem französischen Außenminister in Angelegenheit der Anwerbung und Beförderung polnischer Arbeiter, 2. Festsetzung von Normalverträgen, 3. Festsetzung der Marschroute für den Transport polnischer Arbeiter über Oesterreich und die Schweiz bis zur Öffnung des Weges über Deutschland und Danzig. Der polnische Delegierte stellte die Bedingung, daß die Anwerbung nicht durch irgend welche private Institutionen oder Personen geschehen darf, sondern ausschließlich durch die polnischen staatlichen Behörden für Arbeitsvermittlung.

**Die Auszahlung der Gehälter an die Lehrer der städtischen Volksschulen** wird am Montag, den 14. April beginnen. An diesem Tage erhalten die Lehrer der polnischen Schulen das Gehalt; am Dienstag beziehen die Lehrer der deutschen Schulen und die außerordentlichen Lehrer das Gehalt; am Mittwoch die jüdischen Lehrer. Die Auszahlung findet in den Nachmittagsstunden von 3 Uhr ab in der Stadthauptkasse statt. Anweisungen zum Empfang des Gehalts sind in der Kanzlei der Schuldeputation an den Auszahlungstagen erhältlich.

**Repartitionssteuer.** Da der Termin zur Entrichtung der Repartitionssteuer zu Ende geht, wird die städtische Steuerkasse dieser Tage den Auftrag erhalten, sie zwangsweise einzuziehen und zwar mit Zuschlag einer Prozentsigen Strafgebühr.

**Gesuche in Steuerangelegenheiten** und in der Frage der Verteilung der städtischen Anleihen, die an den Magistrat gerichtet werden, unterliegen weder der städtischen Kanzlei noch der Staatskassensteuer.

**Kohlenfragen.** Der Lodzer Magistrat erhielt die Nachricht, daß am 12. April in Warschau eine Sitzung des Kohlenverteilungsrates des Ministeriums für Handel und Industrie stattfand.

**Lodzger Komitee der Jüdischen Kolonisationsgesellschaft.** In Lodz weist der Vertreter der Jüdischen Kolonisationsgesellschaft (I. C. A.) Herr Mülkstein aus Paris. Er beauftragte die Handwerkerlehre „Talmud-Tora“ an der Creditanstalt 46 und hielt dort Beratungen mit jüdischen gesellschaftlichen Kreisen ab. Semi

Bezieh steht Rayonkomitee mehung.

In de Schul- und Freitag, kein

Stadtve Protest g

Gestern d der Stadtoer die Verhandl leiteten. D den Stadtschafel, de nahmezuhan Polnischen J Jüdischen P Partei „Pod dem Partei tionalen A diesbezüglich ordneter Ad und Schwa Stadiwerch lischen Gha eine Entschl Partei und mit Stimme Stadterord Protest geg zustandes in betriebslosste Arbeit und Der Magistr gerung ener der Ausnah weil er den rung nicht c

In der der Partei i Döring, na Wir bet

ger Polens, dessen Gebie tionen sich wir alle Pol aus unserer zum Wohl Vaterlandes wollen wir der polnisch gabe halten lichen, jüdis Bevölkerung Gruppen u läge schaff sämtliche G und eine d das Recht, sofern sie z zupiderlauf pflicht, de ficherungen ten dabei Preise der Bedarfs. A lebung des beitsmöglich für unsere beiter hier demütigen soziale Ref Schutz der sich jehw befüragern sens, Verb greifliche B bahnmäßig die Bequa für die A Wohlthätig richtigkeit Nationalit harmonisch Anstößen

Das P Stadtoer gebildet: deselben ( Bahakti.

Beben stützungen gikrat um Ministerium Ing. Ste Bertrettern Zugewen Stadt Lo Schöffen Rädlichen Belagerte beiten, Dr und Wehl Unwiss, für Arbeit Auf de

Beratsfoll Geld an eingehend ministerium Ministerium die nötigen den Arbe



Dank ent-  
trotz  
des abends  
zu welchem  
ist eingela-  
stet.  
iergeldes.  
flücke den  
der Bant-  
Gründen  
nung von  
stempelung  
werden wir  
dinnen, die  
ziehen, da  
von ange-  
Minister  
anleibe.  
en Valuta  
in barem  
ausgeben.  
polnische  
teren Ge-  
eborenen  
und Poli-  
ordnung  
18. März  
geborenen  
dium der  
Nelsona-  
folgender  
den, deren  
D. E. K.  
am 15.  
1. W. Z.  
Gründen  
undlungen  
nach sich  
Dieser  
in Paris  
polnische  
ung der  
ine fran-  
arbeite, ge-  
Regie-  
dieses  
halt, wie  
Gewohn-  
überdem  
ische Ar-  
Beamt  
der leg-  
teife, der  
Beimner-  
ber in  
Verhand-  
polnische  
fürsorge,  
folgende  
up einer  
und die  
es über  
Dele-  
werbun-  
tionen  
schließ-  
den für  
an die  
diesem  
Schulen  
Lehrer  
mäßigen  
dichigen  
nachmit-  
thaupt-  
des Ge-  
tion an  
in zur  
de geht,  
ge den  
einzu-  
wertigen  
en und  
en An-  
werden,  
i noch  
erhielt  
archau  
des  
stätt-

Befehl steht mit der Gründung eines Lodzer Magdonomitees dieser Gesellschaft im Zusammenhang.

In der Bibliothek des Deutschen Schul- und Bildungsvereins findet heute, Freitag, kein Bücherkauf statt.

## Stadtverordneten-Versammlung.

Protest gegen den Ausnahmezustand.

Gestern Abend fand eine besondere Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt, um gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes zu protestieren. Die Sitzung wurde vom stellvertretenden Stadtverordnetenvorsitzenden J. Zdebicki eröffnet, der den Vertretern verschiedener politischer Gruppen das Wort erteilte. Gegen den Ausnahmezustand protestierten die Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei (Galewski), der jüdischen Fraktion (Zahrlum), der jüdischen Sozialistischen Partei „Bole-Bion“ (Golender), der jüd.-soz. Partei „Band“ (Wichstein) und des Nationalen Arbeiterverbandes (Zawonoff), die diesbezügliche Resolutionen verlasen. Stadtverordneter Adamski von der Christlichen Demokratie und Gwalinski äußerten sich dahin, daß die Stadtverordnetenversammlung für Debatten politischer Charakter nicht zuständig sei. Es wurde eine Entschließung der Polnischen Sozialistischen Partei und des Nationalen Arbeiterverbandes mit Stimmmehrheit angenommen, wonach die Stadtverordnetenversammlung einen energischen Protest gegen die Einführung des Ausnahmezustandes in unsere Stadt erhebt, wo die Arbeiterbevölkerung völlige Ruhe bewahrt und nur Arbeit und Ernährungsmöglichkeiten verlangt. Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Viegierung energische Schritte zu unternehmen, damit der Ausnahmezustand in Lodz aufgehoben werde, weil er den Lebensinteressen der Arbeiterbevölkerung nicht entspricht.

In der Dienstagssitzung verlas der Vertreter der Partei deutsch-polnischer Demokraten, Stadtr. Döring, nachstehende Erklärung:

Wir betrachten uns für gleichberechtigte Bürger Polens, das unser Vaterland ist und auf dessen Gebiete unsere Väter bereits vor Generationen sich angesiedelt haben. Als solche wünschen wir alle Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, die aus unserer Stellung als Bürger hervorgehen. Zum Wohle und schnellsten Ausblühen unseres Vaterlandes wünschen wir beizutragen, gleichzeitig wollen wir aber auch alle Rechte und Vorrechte der polnischen Bürger genießen. Als unsere Aufgabe halten wir die Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse aller Bevölkerungsklassen ohne Ausnahme einzelner Gruppen und Klassen. Wir wollen keine Gegensätze schaffen, sondern ausgleichen helfen, weil sämtliche Schichten mit einander verwachsen sind und eine die andere benötigt, jede von ihnen hat das Recht, ihre Bedürfnisse berücksichtigt zu sehen, sofern sie den Interessen der Allgemeinheit nicht zuwiderlaufen. Vor allem fühlen wir uns verpflichtet, den noch fortdauernden anormalen Erscheinungen energisch entgegenzutreten. Wir denken dabei an eine Aktion zur Herabsetzung der Preise der Lebensmittel und Waren des ersten Bedarfs. Die Inbetriebsetzung der Industrie, Belebung des Handels und die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen halten wir für unsere grundsätzliche Bestrebung, da der Arbeiter hierdurch die Existenzmöglichkeit ohne die demütigsten Unterstellungen erhält. Wir streben soziale Reformen an, zu denen zu zählen sind: Schutz der Interessen der in wirtschaftlicher Hinsicht schwächeren Bevölkerung, kommunale Verbesserungen, weitere Entwicklung des Schulwesens, Verbreitung des beruflichen Wissens, progressivere Besteuerung, Ausdehnung des Straßenbahnnetzes zu den Grenzen der Stadt, wobei für die Bequemlichkeit und Billigkeit des Verkehrs für die Arbeiter Sorge zu tragen ist; notwendige Wohltätigkeitsanstalten. Wir vertrauen der Aufrichtigkeit unserer Mitbürger aller Klassen und Nationalitäten und hegen die Hoffnung auf ein harmonisches Zusammenwirken zum Wohle und Anstehen unserer Vaterstadt.

Schluss der Interessen der in wirtschaftlicher Hinsicht schwächeren Bevölkerung, kommunale Verbesserungen, weitere Entwicklung des Schulwesens, Verbreitung des beruflichen Wissens, progressivere Besteuerung, Ausdehnung des Straßenbahnnetzes zu den Grenzen der Stadt, wobei für die Bequemlichkeit und Billigkeit des Verkehrs für die Arbeiter Sorge zu tragen ist; notwendige Wohltätigkeitsanstalten. Wir vertrauen der Aufrichtigkeit unserer Mitbürger aller Klassen und Nationalitäten und hegen die Hoffnung auf ein harmonisches Zusammenwirken zum Wohle und Anstehen unserer Vaterstadt.

Das Präsidium der jüdischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat sich wie folgt gebildet: Vorsitzender Dr. Braude, Vertreter desselben Schriftführer Ingenieur Praszler und Bahacki.

**Lebensmittel anstelle von Geldunterstützungen.** Am Mittwoch Abend fand im Magistrat unter dem Vorsitz des Delegierten des Ministeriums für Arbeit und öffentliche Fürsorge, Ing. Stefan Starkiewicz, eine Beratung mit Vertretern sämtlicher örtlicher Kooperativen statt. Zugewesen waren auch die Vizepräsidenten der Stadt Lodz Wojciechowski und Jacioni, die Schöffen Krasinski und Weiss, der Direktor der jüdischen Lebensmittelabteilung, Wolczynski, der Delegierte des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Dr. Bierzbicki, die Direktoren des Brot- und Mehlverteilungsamtes, Dr. Grinberg und Kucharski, sowie der Beamte des Ministeriums für Arbeit, Herr J. Birenzweig.

Auf der Tagesordnung stand die Frage der Verabfolgung von Lebensmitteln anstelle von Geld an die Arbeitslosen. Darüber berichtete eingehend Herr Birenzweig. Das Verpflegungsministerium wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge die nötigen Lebensmittel zur Verteilung unter den Arbeitslosen liefern. Die Verteilung wird

in der bisherigen Weise stattfinden, d. h. die Kooperativen angehörigen Arbeitslosen werden die Lebensmittel aus ihren Kooperativen, die übrigen aus den städtischen Läden erhalten. Die Waren werden aus amerikanischen Mehl, Schmalz, Speck, Kohlen usw. bestehen. Das Verpflegungsministerium hat die regelmäßige Lieferung dieser Waren zugesichert.

Dieser Plan rief eine lebhafte Aussprache hervor. Es wurde eine Kommission gewählt, die den vorgelegten Entwurf prüfen und, wenn nötig, ändern soll. Der Kommission gehören 12 Vertreter von Kooperativen an.

**Das Kuchenbackverbot** ist doch ergangen. Der Verpflegungsminister Minkiewicz erläßt unter dem 7. April die folgende Verordnung: Auf Grund des Dekrets vom 11. Januar d. J. wird folgendes angeordnet: Das Backen und der Groß- und Kleinverkauf von aller Art Dessert- und Hefekuchen, Torten, Buben, Mazurki usw. wird vom 12. April d. J. an verboten. In den Konditoreien, Kaffeehäusern, Restaurationen und Speisehäusern ist nur der Verkauf von Brot und Semmeln erlaubt. Die Verletzung dieser Verordnung Schulbigen werden auf dem Verwaltungswege mit 3 Monaten Haft oder Geldstrafe in der Höhe von 20 000 W. bestraft. Außerdem werden die vorgefundenen Kuchen oder die zur Herstellung derselben vorbereiteten Stoffe konfisziert.

**Schaffung eines Elektrifizierungsamtes.** Wie uns die polnische Telegraphenagentur meldet, wurde zum Zweck der Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete der Elektrotechnik und zum Zweck der Zentralisierung aller in das Gebiet der Elektrizität und der Elektrifizierung des Landes einschlagender Angelegenheiten auf der Grundlage des Reichstagsbeschlusses vom 27. Februar beim Ministerium für Handel und Industrie ein Elektrifizierungsamt geschaffen. Die Tätigkeit dieses Amtes umfaßt in Uebereinstimmung mit der Verordnung des Ministers für Handel und Industrie vom 14. März 1919 (Monitor Nr. 64) unter anderem die Kontrolle der Handelsverwaltung der staatlichen und kommunalen Elektrizitätsanlagen, die technische Kontrolle aller Elektrizitätsanlagen und der Konzessionsverträge, die von den Kommunalverbänden mit privaten Unternehmungen abgeschlossen werden.

**Gegen den Schmutz.** Die Möglichkeit der Entstehung von ansteckenden Krankheiten im Sommer, wie Ruhr und Cholera, veranlassen das Ministerium für öffentliche Gesundheit die städtischen und ländlichen Gemeinden auf die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen aufmerksam zu machen. Eines der wichtigsten Vorbeugungsmittel ist die gründliche Reinigung der Wohnungen, Böden, Betten, überhaupt der ganzen Häuser und ihrer Umgebung, der Höfe, Straßen und öffentlichen Plätze. Desgleichen verringert die Gefahr der Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten die Beseitigung aller faulenden Abfälle, die den Winter hindurch in den Höfen, auf den Straßen und Plätzen angehäuft wurden, die Entleerung der Kloaken und die Reinigung der Aborte sowie das Zustandekommen der Müllkästen. Die Rinnsteine müssen mit ungelöschtem Kalk bestrichen werden. Die Durchführung dieser Anordnungen werden selbst dann nötig sein, wenn die gegenwärtige Flecktyphusepidemie zurückgehen sollte.

Nur die gründliche Säuberung der Wohnungen, das Scheren unsauberer Köpfe, gründliche Bäder, Reinigung der Kleider und Betten kann die Gefahr der Ansteckung verringern. Ganz besonders muß dabei auf die Ausrottung der Läuse und Wanzen, die den Flecktyphusbazillus übertragen, geachtet werden. Wenn am Orte keine Desinfektionsapparate vorhanden sind, müssen die Läuse, die sich waschen lassen, und die Wäschestücke durch Kochen und Waschen gesäubert werden. Pelze müssen in luftdichten Kisten auf den Boden gestellt werden, wo sie bis 6 Wochen bleiben müssen. Diese Säuberungsarbeiten, die mit dem Großreinemachen vor den Feiertagen verbunden werden können, müssen in diesem Jahre äußerst sorgfältig vorgenommen werden.

**Pasahgeld.** In der vorgestrigen Sitzung des Lodzer jüdisch-amerikanischen Hilfskomitees kamen für die jüdischen Osterfeiertage 47 600 W. amerikanischer Unterstützungsgelder zur Verteilung. Von dieser Summe wurden u. a. den Nachbarstädten 10 000 W., dem Ausschuss zur Unterstützung verarmter Kaufleute 10 000 W., den billigen Ritten 15 500 W. und verschiedenen anderen Anstalten Unterstützungen von 250 W. ab bewilligt.

**Unfall.** Gestern gegen 3½ Uhr nachmittags ertönte auf der Długastraße in der Nähe des Pognanski-Palais ein so heftiger Knall, daß ringsum die Scheiben zertrümmert wurden. Wie es sich herausstellte, hatten diese Buben eine sehr starke Petarde auf die Scheiben der Straßbahn gelegt, die durch den darüberfahrenden Wagen zur Explosion gebracht wurde. Eine Bestrafung der Aufseher wäre vonnöten.

**Kleine Nachrichten.** Aus der Fabrik der Gebrüder Dobranicki (Kriegstraße 89) wurden Nieten im Werte von 21 500 W. gestohlen. — Aus dem Sommerpalais der Helene Anstalt in Salutz wurden verschiedene Sachen im Werte von 1000 W. entwendet. — Aus der Wohnung von J. Polowski in der Magowstraße 7 wurde 1000 W. und verschiedene Sachen im Werte von 8000 W. gestohlen. Eine gewisse Götzin, die verhaftet wird, den Diebstahl begangen zu haben, wurde verhaftet.

## Theater und Konzerte.

### 26. Symphoniekonzert.

Ehrenabend des Dirigenten Herrn Bronislaw Schulz, Solisten: Frau Levin Irene Dubiska und Herrn S. Gruszczynski.

Der Kritiker müßte auswärts wohnen, keine Freunde oder Feinde an dem Orte seiner Tätigkeit haben, mit Niemandem sprechen, nirgends verkehren und Niemanden kennen. Wie recht hatte de Louis, der langjährige, geistreiche Kunstcaur des „Figaro“, als er diese Worte schrieb. Sie bezogen sich auf einen Fall, in welchem ihm Unlebenswürdigkeit gegen einen Künstler vorgeworfen wurde, und den er dann in einer satyrischen Glosse „Der ewiggefränkte“ (Künstler natürlich!) mit trefflicher Schlagfertigkeit behandelt hat. Ein Vergleich Lodz-Paris dürfte sonst in allgemeinen nicht zutreffend sein, was aber die Schwierigkeiten anbelangt, denen der Kritiker hier begegnet, so halten sie wohl jeden Vergleich mit der alten, schönen Intrigantenstadt aus. Auch in dieser Konzertsaison gab es notwendigerweise so manche „Unlebenswürdigkeiten“, wenn es galt, Mängel und Schäden unseres Musiklebens zu treffen. Am schlechtesten sind, glaube ich, dabei die Holzbläser des Symphonieorchesters weggenommen, aber sie hatten es sich auch redlich verdient.

Gewiß gibt es bei unseren Musikveranstaltungen auch außerdem noch sehr, sehr viel zu beklagen. Um so mehr muß man heute die Verdienste desjenigen anerkennen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, allen Schwierigkeiten und Unvollkommenheiten zum Trotz, dem musikalischen Gedanken in Lodz nach besten Kräften Form und Ausdruck zu verleihen. Ohne Bronislaw Schulz an der Spitze hätte sich das Symphonieorchester kaum bis heute gehalten. Heute aber ist dieses Orchester der wichtigste, tätige Faktor unseres Musiklebens geworden. In seinem Ehrentage sei es Herrn Schulz gesagt, wie hoch wir seine Bemühungen einschätzen, und wie dankbar wir den festen Willen zum künstlerischen Fortschritt anerkennen, der sich in seiner verdienstvollen Tätigkeit offenbart.

Zu seinem Benefiz hatte Herr Schulz ein reiches, fast zu reiches Programm aufgestellt. Herr Gruszczynski hat seit seinem letzten Auftreten in Lodz eher verloren als gewonnen. Stimmlich ist er noch immer der robuste Fortissimo-Naturjäger, dessen nasale Tongebung uns vergeblich „italienischen Anlag“ vortäuschen möchte. Das schädliche Forcieren hat aber schon sehr bedenkliche Folgen gezeigt. Hohe Töne beginnen ihm fühlbar schwer zu werden, und haben viel von ihrem einstigen Wohlklang verloren. In den mittleren Registern zeigt sich eine permanente Neigung zum Distornieren, die für die Haltbarkeit dieses selber so ungedulden, prächtigen Organs nichts Gutes ahnen läßt. Als achtenswerte Künstlerin lernten wir Frau Levin Dubiska kennen. Ein tiefergehendes Urteil über den Grad ihrer musikalischen und virtuellen Qualitäten läßt sich nach diesem ersten Auftreten kaum mit Sicherheit abgeben. Wir hoffen, das Brahms-Konzert von ihr unter besseren Bedingungen wieder zu hören, als sie an diesem mit Müßel überladenen Abend gegeben waren.

Herr Kapellmeister Schulz hatte für den orchestralen Teil die IV. Symphonie von Tschajowski und die „Oberon“-Ouvertüre von Karl Maria von Weber gewählt. Es wurde mit viel Frische und Verve musiziert, und man merkte ersichtlich, wie sehr sich das Orchester zusammennahm, um auch seinerseits den Dirigenten durch eine möglichst gute Leistung zu ehren.

F. T.

**Thalia-Theater.** Uns wird geschrieben: Heute, nachmittags, genau 4 Uhr, wird als Sondervorstellung für die auswärtigen Besucher „Die Reiter um die Erde, II. Teil“ wiederholt. Am Sonnabend, nachm. 3 Uhr, geht die beliebte Operette „Der fidele Bauer“ zum letzten Male zu 5 Einheitspreisen in Szene. Am 6½ Uhr, gelangt die erfolgreiche und interessante „Reise um die Erde, 2. Teil“ wiederholt zur Aufführung. Am Sonntag, nachm. 3 Uhr, findet die letzte Aufführung des lustigen Schwantes „Paul und Pauline“ zu 5 Einheitspreisen statt. Kartenvorverkauf täglich.

**Beethoven = Jyklus.** Man schreibt uns: Das 8. Konzert im Beethoven-Jyklus findet am Sonntag, den 13. d. Mts., unter der Leitung von Dr. Szulc statt. Als Solist tritt die junge talentvolle Pianistin Fräulein Kaczor auf. Den literarischen Vortrag wird Frau S. Goldberg halten. Im Programm: 8. Symphonie und Klavierkonzert Nr. 1 C-dur. Karten sind bei Alfred Strauch, Zielna 12, zu haben.

**Symphonie = Konzert.** Uns wird geschrieben: Das nächste Symphoniekonzert am Mittwoch, den 16. d. Mts., findet zugunsten des Vereins der Lodzer Musiker statt. Das Orchester wird diesmal bis auf hundert Personen vergrößert. Die Leitung hat der hervorragende Dirigent und Komponist Dr. Emil Mlynarski übernommen. Als Solisten treten auf: der Liebling des Lodzer Publikums der Heldentenor Janay Dugas und der junge Geiger Jakob Reichman. Das Konzert wird ohne Zweifel das größte Interesse in unserer Stadt hervorrufen. Karten sind bei Alfred Strauch, Zielna 12, zu haben.

**Varieteer „Arania“.** Das Programm ist reichhaltig und interessant. Der künstlerische Leiter des Varieteers, Herr A. Fischer, ist bestrebt, dem Lodzer Publikum allabendlich ein paar höchst angenehme Stunden zu bereiten. Außer der polnisch-italienischen Sängerin Sosnowska und der polnisch-ungarischen Soubrette Bihari tritt die polnische Liebesfängerin Jankina auf, die mit einigen schön gesungenen neuzeitlichen Liedern großen Beifall erntet. Den Schluss des ersten Teils bildet ein Tandemduett. Der zweite Teil beginnt mit der Gauchnummer des Abends, in der der Jähr Mr. Dofon mit seiner Partnerin Mlle Antoinette Stannerevendes zur Vorführung bringt. So u. a. durchführt er sich mit einer Gymnastik den Oberarmmüßel und läßt sie darin mehrere Minuten stehen. Darauf läßt er sich

einen scharfgeschliffenen Degen an die Kehle legen, seine Gehilfin schlägt mit einem eisernen Gegenstand mehrere Male mit ziemlicher Kraft darauf und die Schneide des Degens drückt sich wohl in die Haut ein, zerrennt die Gewebe aber keineswegs. Mlle Antoinette läuft mit bloßen Füßen über einige scharfgeschliffene Degen, springt auf Glascherben, stellt sich auf ein mit Nägeln gepicktes Brett ohne sich auch nur die geringste Verletzung zuzuziehen. Ihren Partner vermag selbst das Feuer nichts anzuhaken, wovon angestellte Proben überzeugten. Die Tänzerin Dalhena hatte großen Erfolg, desgleichen auch die Sängerin Mirka und die polnische Soubrette Peppi Konradi, den Schluss bildet ein großes Ballet.

## Bereine und Versammlungen.

**Der Gesangsverein „Acol“** hielt am Mittwoch Abend im Vereinslokale Wdzydzkastr. 139 eine außerordentliche Hauptversammlung seiner Mitglieder ab. Die Versammlung war zahlreich besucht. Sie wurde vom Vorstande des Vereins, Herrn Alfred B. Richter, um 8½ Uhr eröffnet, der von den Anwesenden auch zum Leiter der Versammlung gewählt wurde. Er berief seinerseits zu Beisitzern die Herren Edward Kofler und Robert Dräger zum Schriftführer Herrn Otto Köhler. Dieser brachte die Niederschrift über die letzte Hauptversammlung zur Verlesung. Folgende Damen wurden als Mitglieder in den Verein aufgenommen: Fräulein Gertrud Goltz, Fräulein Alice Lebrecht und Fräulein Gertrud Jalewska. Da Herr Kapellmeister Tausig seinen Dirigentenposten beim Verein aufgegeben hat, wurde einstimmig beschlossen, den Musikdirektor Herrn Franz Bohl zum Dirigenten des Vereins zu berufen. Einiges Einübung der Vokal für den liturgischen Gottesdienst am ersten Osterfesttag in der St. Johannis-Kirche wurde beschlossen, am kommenden Sonntag, um 4 Uhr nachmittags, im Vereinslokale eine besondere Gesangsübung abzuhalten. Die Vereinsabende mit den üblichen Gesangsproben werden von jetzt ab nicht mehr Mittwochs, sondern an jedem Montag Abend um 8 Uhr stattfinden. Nach Besprechung verschiedener innerer Angelegenheiten wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

**Sozialistische Versammlung.** Am Sonntag um 2 Uhr nachm. findet im Großen Theater eine Versammlung statt, in der über die Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten der Polnischen Sozialistischen Partei Bericht erstattet werden soll. Es werden sprechen: der Präsident der Stadt Lodz Agniewski, Volkskommissar Niemiszewski, Frau Rozkożewicz u. a.

**Polnische Gesellschaft für Landeskunde.** Am Dienstag, den 15. April, um 7½ Uhr Abends, findet ein Vortrag für den Pfadfinderverein statt. Am 18½ Uhr wird eine Organisationsversammlung der Ausflugs-Sektion stattfinden, zu der sämtliche Mitglieder der Gesellschaft eingeladen sind.

## Gingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Aufsichten unserer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

### Wieder die deutsch-polnische Partei.

Also doch! Die Deutsch-Polen haben wirklich ihren einzigen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung eine Deklaration verlesen lassen. Ein Mann mit der Geste einer Fraktion! Es wäre schließlich nichts darüber zu sagen, wenn Herr Döring ein Programm vorlesen hätte, das einzig dasleht. Hier aber liegt der Fall ganz anders. Das Programm der Vereinigung deutscher körperlicher und geistiger Arbeiter ist gleichlautend mit dem der deutschen Polen. Diese wie jene Partei fordert Gleichberechtigung für die in Polen anässigen Deutschen, beide Parteien fordern soziale Reformen, die fast den gleichen Wortlaut haben.

Warum da die Scheidung? Haben die deutschen Polen wirklich das internationale Sprichwort vergessen: Einigkeit macht stark? Doch was ist's, das ihren Vertreter hindert, sich der deutschen Vereinigung anzuschließen, um gemeinsam zum Wohle der deutschen Bevölkerung der Stadt im Parlament zu wirken? Der Dünkel ist es! Er allein. Die Herren deutsch-polnischen Demokraten dünken sich etwas besseres als die übrigen Deutschen in Lodz, ihnen gebührt eine Extrawurst.

Diesem Dünkel ist überhaupt die ganze Farce von der „deutsch-polnischen Partei“ zu verdanken. Deutsch-polnisch! Wie schön das klingt! Nichts Halbes und nichts Ganzes. Würde es je einem Volke in der Welt einfallen, sich einen ähnlichen Namen beizulegen? Schauen wir doch einmal unsere Nachbarn, die Polen, an. Sie bevölkern zu vielen Tausenden Rußland, Deutschland, Amerika und bilden dort Parteien. Es ist ihnen dort nie eingefallen, aus Liebedienerei (ja, Liebedienerei!) sich polnisch-rußische, polnisch-deutsche oder polnisch-amerikanische Partei zu nennen, dafür ist ihr nationales Selbstbewußtsein viel zu sehr entwickelt. Sie müßten sich ja vor sich selber schämen.

Oder die Böhmen und Letten! Sie leben einst in Abhängigkeit, die ersten unter der der Deutschen, die zweiten unter der der Deutschen und Russen. Trotzdem haben sie sich nie Gewalt angetan und ihren Parteien die Firma „böhmisches-deutsch“ oder „lettisch-deutsch“ bezogen, „lettisch-russisch“ gegeben, obwohl sie kulturell auf einer niedrigeren Stufe stehen als ihre Nachbarn.

Unsere Deutsch-Polen aber glauben durch diesen Kniff der Welt ein Musterbeispiel politischer Klugheit gegeben zu haben. Mit nichts! Eine neue Schuldübernahme haben sie geschaffen, die unseren Nachbarn viel Stoff zu schlechten Wizen liefert.

Die vorletzte Stadtverordnetenversammlung hat diejenigen Lodzer Deutschen, die sonst nicht viel von Politik halten und für die allein das Wohl der Volksgenossen maßgebend ist, sehr enttäuscht. Sie dachten sich, daß die Not der Zeit den Männern gleichen Stammes endlich das Zusammengedrängtegefühl eingebläst haben wird. Sie haben sich geirrt. Die Gerechtigkeit trug den Sieg über dem Verstande davon. Und das ist tief zu bedauern.

Ein Lodzer Deutscher.



